auch zukünftig für die Sicherstellung der Energieversorgung erforderlich sind. Änderungen und Erweiterungen der Versorgungseinrichtungen behalten wir uns unter Hinweis auf die §§ 13, 30, 31 und 32 BauGB vor. Diese Stellungnahme ergeht im Auftrag der Netzgesellschaft Osnabrücker Land GmbH & Co. KG als Eigentümerin der Anlage(n).	
• Deutsche Telekom Technik GmbH, 06.09.2023 Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.	Die Stellungnahme wird ggfls. im Rahmen der Installation von Photovoltaik- bzw. Solarthermieanlagen beachtet.
• Landkreis Osnabrück, 11.09.2023 die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 10.08.2023 bis 11.09.2023 habe ich zur Kenntnis genommen. Zu den vom Landkreis Osnabrück wahrzunehmenden öffentlichen Belangen wird folgende Stellungnahme abgegeben. <u>Bauleitplanung:</u> Aus bauleitplanerischer Sicht bestehen gegen die 1. Änderung der Gestaltungssatzung für den Ortskern Bad Essen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Untere Denkmalschutzbehörde:

Aus Sicht der Denkmalpflege (Bau- und Bodendenkmale) bestehen gegen die der Stadt / Gemeinde Bad Essen keine Bedenken.

Nach § 7 Satz 3 Nieders. Denkmalschutzgesetz überwiegt das öffentliche Interesse an der Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien das Interesse an der unveränderten Erhaltung des Baudenkmales, vorausgesetzt der Eingriff in das äußere Erscheinungsbild ist reversibel und in die denkmalwerte Substanz wird nur geringfügig eingegriffen.

Da der historische Siedlungskern von Bad Essens eine große Dichte von Baudenkmalen aufweist ist hier der schonende Umgang mit dem Thema Photovoltaik unbedingt erforderlich. Aus baudenkmalpflegerischer Sicht wird besonders das Freihalten der Sichtflächen zu den Erschließungsstraßen begrüßt, ebenso wie die Einschränkung auf nicht glänzende Module.

Das Thema Photovoltaikanlagen beschäftigt die UDSchB des LKOS schon länger. Aus baudenkmalpflegerischer Sicht sind unsere Auflagen für Eigentümer von Baudenkmalen folgende:

1. Die Module sind monokristallin, also einfarbig und ohne Rand auszuführen.
2. Bei der Installation der Module sollte ein angemessener Abstand von mindestens 2 Pfannen zum Ortsgang und First eingehalten werden.
3. Die PV-Module sollen mit der geringstmöglichen Beeinträchtigung für das Baudenkmal aufgebracht werden. Hierfür ist die Kubatur des Daches klar ablesbar zu halten. Des Weiteren sind die Module so anzuordnen, dass sie die Dachlandschaft geringstmöglich stören (quadratische/rechteckige Flächen, kein Zickzack, keine Löcher für Dachflächenfenster)
4. Bei mehrgebäudigen Anlagen sind immer als erstes die Nichtdenkmale zu belegen, bei mehreren Baudenkmalen geht es nach Sichtbeziehungen.

Des Weiteren empfehlen wir den Bürgern noch Folgendes:

1. Vor Beginn der Arbeiten ist die Unbedenklichkeit durch einen Statiker nachzuweisen. Ich empfehle den Bauherren im Vorfeld mit der örtlichen Feuerwehr zu sprechen, ob eine Öffnung des Dachstuhles und somit eine

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Auflagen und Empfehlungen werden seitens der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) des Landkreises Osnabrück jeweils in die zu beantragende denkmalrechtliche Genehmigung für die Installation von Photovoltaik- bzw. Solarthermieanlagen aufgenommen.

Rettung des Gebäudes im Brandfall noch möglich ist. 2. Das Aufbringen roter PV-Module wird denkmalpflegerisch befürwortet, darf aktuell rein rechtlich allerdings nicht gefordert werden. Seitens der Archäologischen Denkmalpflege der Stadt und des Landkreises Osnabrück bestehen hinsichtlich der Satzungsänderung keine Bedenken. Die gesetzliche Melde- und Sicherungspflicht von archäologischen und paläontologischen Bodenfunden nach § 14 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes ist zu beachten. Sofern sich aufgrund der angeforderten Stellungnahme der Bauaufsicht Innenbereich weitere Anregungen ergeben, werden sie unaufgefordert nachgereicht. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entbindet nicht von der Verantwortung im Sinne von § 2 Abs. 1 BauGB. Das Ergebnis der Abwägung bitte ich mitzuteilen. Eine digitale Ausfertigung der o. a. Bauleitplanung ist unter Hinweis auf Nr. 38.1 VV-BauGB nach Bekanntmachung auf der Internetplattform in den Ordner „85 BPlan_rechtsverb.Planunterlagen“ hochzuladen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
• IHK Osnabrück-Emsland, 11.09.2023 Sie bitten die Industrie- und Handelskammer Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim um Stellungnahme zu folgender Planung: 1. Änderung der Gestaltungssatzung für den Ortskern der Gemeinde Bad Essen. Erstmals wurde die Gestaltungssatzung im Jahr 1989 aufgestellt. Sie soll nun dahingehend geändert werden, dass im Geltungsbereich der Satzung das Anbringen von Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlagen auf den Dachflächen erlaubt sein soll. Eine Ausnahme sollen die Erschließungsstraßen „Lindenstraße“, „Nikolaistraße“, „Auf dem Kampe“ und „Kirchplatz“ im Geltungsbereich bilden. Hier wären Photovoltaik- und/oder Solarthermieanlagen auf den Dachflächen erlaubt, wenn sie auf den nicht einsehbaren Dachseiten und bei Gebäuden in der zweiten Reihe angebracht werden. Grundsätzlich begrüßen wir die 1. Änderung der Gestaltungssatzung für den Ortskern der Gemeinde Bad Essen vor dem Hintergrund des Ausbaus von erneuerbaren Energiequellen zur	

Sicherung der Versorgung im Rahmen der Energiewende. Die Umsetzung der Planänderung sollte grundsätzlich nur im Einvernehmen mit den betroffenen Unternehmen erfolgen. Die vorgelegte Planänderung mit Stand aus der öffentlichen Beteiligung (10. August 2023 bis 11. September 2023) soll eine Kompromisslösung zwischen der Erhaltung des historischen Stadt- und Straßenbildes und den Interessen und privaten Belange der ansässigen Unternehmen und Immobilieneigentümern auf energetische Modernisierung sein. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens haben wir den Gewerbeverein Bad Essen e.V. über die Planänderung informiert. Wir bitten um Berücksichtigung der ggf. vorgetragenen Anmerkungen und Hinweise. Sollten uns weitere Anmerkungen zugehen, werden wir ergänzend vortragen. Bitte teilen Sie uns die Ergebnisse der Abwägungsberatung in den Ratsgremien gern. § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mit.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
• Vodafone GmbH, 01.09.2023 wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 28.07.2023. Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht. In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
• NLWKN Cloppenburg, 06.09.2023 die Unterlagen zum o.g. Antrag habe ich geprüft. Seitens des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Cloppenburg, werden folgende Hinweise gegeben: Das Vorhaben befindet sich teilweise in einem Wasserschutzgebiet (s. Übersichtskarte). Hier sollte eine rechtzeitige Abstimmung mit der zuständigen unteren Wasserbehörde erfolgen. Für Rückfragen steht Ihnen Frau Karfusehr, Tel. 04471/886-128, gerne zur Verfügung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Sollte das Planvorhaben zu wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt führen, geht der NLWKN von einer Beteiligung als Gewässerkundlicher Landesdienst (GLD) aus. Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des GLD.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Eine Stellungnahme abgegeben und keine Anregungen oder Bedenken geäußert: • Stadt Osnabrück, Archäologische Denkmalpflege, 31.07.2023 • Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 28.07.2023 • Gemeinde Ostercappeln, 31.07.2023 • ExxonMobil Production Deutschland GmbH, 31.07.2023 • Gemeinde Stemwede, 01.08.2023 • Gasunie Deutschland Services GmbH, 01.08.2023 • PLEdoc GmbH, 03.08.2023 • Gemeinde Bohmte, 08.08.2023 • Amprion GmbH, 10.08.2023 • Stadt Osnabrück-Stadtentwicklung, 15.08.2023 • Gemeinde Bissendorf, 21.08.2023 • Kath. Kirchengemeinde Bad Essen, 22.08.2023 • Landwirtschaftskammer Niedersachsen, 04.09.2023 • Handwerkskammer Osnabrück-Emsland, 06.09.2023 • Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, 04.09.2023 • Staatliches Gewerbeamt Osnabrück, 05.09.2023 • Stadt Melle, 11.09.2023	Die Gemeinde nimmt dies zur Kenntnis.
Keine Stellungnahme abgegeben: • Bischöfliches Generalvikariat • Bundesanstalt für Immobilienaufgaben • Ev.-luth. Kirchengemeinde Bad Essen • Gemeindebrandmeister Jens Wagener • Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH • Kirchenamt Osnabrück • Klosterrentamt Osnabrück • Landesbau für Bergbau, Energie und Geologie • LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht	Die Gemeinde geht davon aus, dass keine Anregungen oder Bedenken in Bezug auf diese Planung bestehen.

• LGLN Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung • Polizeiinspektion Osnabrück-Land • Staatliches Baumanagement Region Nord-West • Stadt Pr. Oldendorf • Unterhaltungsverband Wittlage • VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH • Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Minden • Wasserverband Wittlage	
	Darüber hinaus sind keine weiteren Stellungnahmen, die Anregungen oder Bedenken geäußert haben, eingegangen.